gen wächst in gleichem Maße. Eine Neuauflage des Haager Trauerspiels ist nicht mehr denkbar. Und wenn die Franzosen ihre Wähler jetzt mit dem Hitlergespenst schrecken, dann mögen sie auch gewiß sein, daß sie mit dieser Art von Tributpolitik der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland die beste Wahlhilfe leisten.

Inzwischen arbeitet die Zeit aber auch **gegen Frankreich**. Die Fristen rinnen; im Juni läuft das Hooverjahr ab, und während Deutschland unter dem moralischen Schutz einer international anerkannten Zahlungsunfähigkeit steht, sieht sich Frankreich seinen englischen und amerikanischen Gläubigern gegenüber in einigen Monaten vor neue Fälligkeitstermine gestellt. Wird es sich auch für zahlungsunfähig erklären, weil die deutschen Beiträge nicht eingehen? Angesichts der zum Vierten gefüllten Goldkeller der Bank von Frankreich würde eine solche Erklärung nirgends Glauben finden. Die französische Regierung müßte schon das tun, was sie der deutschen wegen ihres Revisionsdrängens unterstellt, nämlich die mit England und Amerika geschlossenen Verträge „zerreißen". Wie steht es aber dann mit der von Frankreich verfochtenen „Heiligkeit" und Unabänderlichkeit der Verträge? Zur rechten Zeit wird diese peinliche Frage von den Vereinigten Staaten aus an Frankreich gestellt. Der „New York American" veröffentlicht einen mit Bildern groß aufgezogenen, ganzseitigen Artikel über das Thema „Finanzehre", in dem die französische Heuchelei gebührend an den Pranger gestellt wird. Mit Nachdruck weist die amerikanische Propaganda darauf hin, daß sich die Forderungen der Vereinigten Staaten mit keinem einzigen Dollar auf die bereits erlassenen Kriegsanleihen beziehen, die zur Kriegführung gegeben wurden, sondern ausschließlich auf Verpflichtungen, die nach Kriegsende eingegangen wurden. Deshalb wird ein Zusammenhang mit den deutschen Tributen rundweg abgelehnt. Diese Ausrede, heißt es, sei sehr schwach. Sie laute: „Wir können von Deutschland nicht so viele Millionen herauspressen, wie wir hofften, und weil uns der Feind, den wir mit Hilfe Amerikas besiegt haben, nicht soviel Gold abliefern kann, wie wir erwartet haben, lehnen wir es ab, das von Amerika geliehene Geld zurückzuzahlen." Nach ausführlichen Feststellungen über die Höhe der Reparationssummen, die Frankreich schon erhalten hat, und über ihre Verwendung zum Ausbau einer heruntergekommenen Industrie geht die Abrechnung weiter: „Frankreich hat mit der Kriegsentschädigung Teile seines Landes wiederaufgebaut, in die niemals ein Deutscher oder auch nur ein deutsches Geschoß gekommen ist. Frankreich und England „nahmen" oder „stahlen" — man wähle das Wort — zu der Kriegsentschädigung hinzu deutsche Kolonien von viel größerem Wert, als die Beiträge sind, die sie Amerika schulden. Wollen sie in Ermangelung von Gold damit zahlen? Nein, sie wollen überhaupt nicht zahlen ... Sie brauchen nur nicht zu wollen, weil sie wissen, daß die Völker nicht in den Krieg ziehen, um Schulden einzutreiben."

Das sind Worte, die auch wir beherzigen dürfen. Sie zeigen, wie die Zeit in der Reparationsfrage doch gegen Frankreich arbeitet. Wenn es seine Prestigepolitik im Kampf um leere Formeln so weitertreibt wie bisher, dann wird es bei der Hartnäckigkeit, mit der auch Amerika seinen Standpunkt vertritt, bald zwischen einem zahlungsunfähigen Schuldner und zahlungsfordernden Gläubigern eingeklemmt sein. Dann heißt es, entweder zahlen oder revidieren oder „die Verträge zerreißen". Vielleicht lehrt die Zeit den phantasielosen Pedanten, welche Frankreich beherrschen, doch noch, daß sie bei diesem Abenteuer nichts zu gewinnen und jedenfalls mehr zu verlieren haben als Deutschland. Wenn es ihnen auch heute noch unvorstellbar ist, so bleibt es doch auch im Völkerleben wahr, daß der Reiche für seinen Besitz größere Gefahr läuft als der Arme, und daß der Schuldner, den man in den Zusammenbruch treibt, zwar alles verliert, aber für den Wiederaufbau seiner Existenz alle Freiheit gewinnt.

Die Japaner vor dem Einmarsch in Charbin

Tokio, 3. Febr. Die japanischen Streitkräfte sind heute abend bis in die unmittelbare Nähe von Charbin vorgedrungen. Der Einmarsch soll jedoch erst morgen erfolgen.

Von chinesischer militärischer Seite wird behauptet, daß einer der japanischen Zerstörer, die heute die Beschießung der Mukungforts eröffneten, durch das Feuer von den Mukungforts verletzt wurde, und daß die chinesische Besatzung die Forts noch hält.

Bei der Beschießung des Mukungforts durch die Japaner sind 30 Chinesen ums Leben gekommen. Auch der Sachschaden ist beträchtlich.

Die eiserne Division der Chinesen rückt vor

Paris, 3. Febr. Die Agentur Indopacifique berichtet aus Schanghai, daß auf das Arsenal von Nao Schang Miao zwei Flugzeuge fünf Bomben abgeworfen hätten, die aber nicht explodierten. Japanische Nachrichten besagen, daß 10000 Mann der Truppen Tschiangkaischeks aus Honan eingetroffen seien. Die eiserne Division der Chinesen rücke auf Schanghai vor.

„Lage nicht beunruhigend"

Hamburg, 3. Febr. Beim Ostasiatischen Verein in Hamburg ist von einer Mitgliedsfirma in Schanghai folgendes Telegramm eingegangen: „Politische Lage kein Grund zur Beunruhigung, aber Geschäft gefährdet. Chinesische Banken und Geldbörse geschlossen, das chinesische Postamt praktisch edenso. Die Banken haben europäischen Firmen nahegelegt, sich gegen Kriegsgefahr zu versichern, aber die deutsche Handelskammer und die „General Chamber of Commerce" haben beschlossen, daß eine Kriegsversicherung unnötig erscheine, die deshalb einstimmig abgelehnt wurde."

Die Völkerbundskommission abgereist

Paris, 3. Febr. Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses des Völkerbundes für die Mandschurei haben sich heute in Le Havre an Bord des Dampfers „Paris" begeben, um über Neuyork an ihren Bestimmungsort zu gelangen. An Bord befinden sich das deutsche Mitglied des Ausschusses, Gouverneur a. D. Dr. Schnee, in dessen Begleitung Legationsrat v. Koppe reist, außerdem das französische und das italienische Mitglied. Der englische Delegierte wird in Plymouth an Bord gehen.

Sir Simon über den Fernost-Streit

London, 3. Febr. Im Unterhaus teilte Außenminister Simon mit, daß die Antworten Chinas und Japans auf die englische Note noch nicht eingelaufen seien. Es sei auch äußerst wünschenswert, daß beide Regierungen sich Zeit ließen, damit die guten Winke der englischen Regierung ungestört wirken könnten. Die Lage in Schanghai bleibe nach wie vor äußerst delikat. Nach einer Meldung des englischen Konsuls in Schanghai habe die internationale Polizei ihre Tätigkeit auch wieder im japanischen Teile der internationalen Niederlassung aufgenommen. Der Angriff am Dienstag sei von den Chinesen ausgegangen, die japanische Flugzeuge beschossen hätten, worauf die Japaner mit heftigem Artilleriefeuer geantwortet hätten. Soweit er wisse, seien die Japaner nicht vorgerückt. Der japanische Konsul in Schanghai habe den Konsuln der anderen Mächte mitgeteilt, daß auch das Gefecht bei den Mukungforts mit der Beschießung eines japanischen Zerstörergeschwaders durch die Chinesen eröffnet worden sei.

Japanische Beschwerde in Genf

Genf, 3. Febr. Die japanischen Botschafter in London und Brüssel haben beim Generalsekretär des Völkerbundes gegen die Einleitung des Verfahrens nach Artikel 15 des Völkerbundsvertrages Verwahrung eingelegt. Eine neue Sitzung des Völkerbundsrates ist vorläufig für Freitagvormittag vorgesehen.

Verschärfte Wühlarbeit der Kommunisten

Zersetzungsversuche bei der Reichswehr

Berlin, 3. Februar. Der Polizeipräsident teilt mit: Am 30. Januar 1932 wurde in Berlin-Falkensee eine Reihe von Personen festgenommen, die in dem dringenden Verdacht standen, die Zersetzung der Reichswehr im Auftrage der KPD. zu betreiben. Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches kommunistisches Zersetzungsmaterial bei einem der Beschuldigten und außerdem drei Pistolen, Munition, ein Maschinengewehrschloß, Handgranatenzünder und Zünder gefunden. Die Festnahme eines der Täter gelang gerade in dem Augenblick, als er in einem Café in Berlin mit einem Reichswehrangehörigen saß und versuchte, von diesem über militärische Dinge etwas zu erfahren. Die von ihm hierüber gemachten Notizen hatte er nur bei sich. Gegen die Beschuldigten ist ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet worden. Vom Vernehmungsrichter beim Amtsgericht Berlin wurde gegen sechs Beschuldigte Haftbefehl erlassen.

Die Arbeit auf dem Lande

Berlin, 3. Februar. Die „Deutsche Tageszeitung" bringt einen Artikel von Captain Ehrhardt, der sich unter Hinweis auf den Streik in Berlin versammelten kommunistischen Reichsbauernkongreß und die immer stärker werdende Propaganda der KPD. auf dem flachen Lande beschäftigt und die Gefahren dieser Propaganda erörtert. Dem Artikel ist gleichzeitig ein Aufruf Ehrhardts beigefügt, in dem die Bauernschaft vor der kommunistischen Propaganda gewarnt und zur Bildung einer Einheitsfront aufgerufen wird.

Vier Anträge auf Todesstrafe

Kommunistische Mörder sollen als solche bestraft werden

Essen, 3. Febr. Im Mordprozeß gegen die zwölf Kommunisten, die eine geheime Gruppe zum Zwecke der Erschießung politischer Gegner gebildet haben, und von denen fünf in der Nacht vom 13. zum 14. März v. J. auf eine 13 Mann starke nationalsozialistische Gruppe einen Feuerüberfall mit Pistolen verübt haben, beantragte der Staatsanwalt gegen die vier Hauptangeklagten Jingel, Wolff, Berlock und Schuler die Todesstrafe, da sie sich des überlegten und vorsätzlichen Mordes schuldig gemacht hätten. Gegen die übrigen Angeklagten wurden Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen von vier Jahren bis fünf Monaten und gegen einen Fluchtverdächtigen beantragt.

Politische Zusammenstöße in Schweidnitz

Schweidnitz, 3. Febr. Bei der Beerdigung zweier Kommunisten kam es zu Zwischenfällen. Vom Sarge der Polizei, rote Fahnen im Trauerzug mitgeführt, kamen die Kommunisten nicht mehr, worauf die Schupo gegen die nahezu 1000köpfige Menge mit dem Gummiknüppel vorging. Dabei wurde eine Anzahl Personen verletzt.

Der Ausbau der Lugenellenbogen-Konzerne

Berlin, 3. Febr. Der schwierigste Teil der Anklage gegen das frühere Generaldirektorium der Schultheiß-Patzenhofer A.-G. wurde in der heutigen Beweisaufnahmeverhandlung erledigt. Es handelt sich um die Gründung der Effektenkonsortium-G. m. b. H. Hierbei wird Lugenellenbogen der Vorwurf der Untreue gemacht. Lugenellenbogen erklärte, daß er sich vollkommen uninteressiert fühle. Die Ludwig-Lugenellenbogen-G. m. b. H. habe 3 Millionen Mark aufbringen müssen, um junge Aktien zu beziehen. Darauf habe man den Konzernen ihm, Lugenellenbogen, 3 Millionen Mark für diese Gesellschaft zur Verfügung stellen wollen. Generaldirektor Dr. Sodenheim, Herr v. Strauß und Jakob Goldschmidt hätten ihm im Namen des Konzerns diese Zusage gemacht. Er habe dann von der Deutschen Bank und von der Eidgenössischen Bank je 3 Millionen Mark in Anspruch genommen. Der Konzern habe versprochen, zu gegebener Zeit für ihn einspringen, denn sonst seien dem Konzern und dem Großaktionär, wie es die Ludwig-Lugenellenbogen-G. m. b. H. war, habe unbedingt eine innere Interessenverflechtung bestanden. Der Kaufpreis des Konzerns ist damit gewesen, daß die Ludwig-Lugenellenbogen-G. m. b. H. Stammaktien und Vorzugsaktien der Ölwerke besaß und die Ölwerke wiederum die Schultheiß-Aktien und Schultheiß-Vorzugsaktien. Auf den Aktien der Ludwig-Lugenellenbogen-G. m. b. H. ruhten aber die Bankschulden. In der Folgezeit hätten dann wegen des Absinkens des Kurses der Schultheiß-Aktien den Banken gegenüber Nachschüsse geleistet werden müssen. Die Staatsanwaltschaft hält nun auf dem Standpunkt, daß hier die untreue Handlung Lugenellenbogens zu erblicken sei, weil er die Gelder der Nachschußpflicht auf den Schultheiß-Lugenellenbogen-Konzern abgezweigt habe.

Es kam dann zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber, wann Dr. Sodenheim davon erfahren hat, daß für die Aktien, die aus dem Privatbesitz Lugenellenbogens stammten und in die neugegründete Effekten-Konsortium-G. m. b. H. gegeben wurden, die Bankschulden Lugenellenbogens vom Konzern übernommen werden mußten. Eine völlige Aufklärung dieser Vorgänge ließ sich jedoch darüber auch nicht erreichen. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

„Dein Schicksal, deutsche Frau!"

Die erste Frauenkundgebung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die am Mittwoch in den überfüllten Blumensälen stattfand, ging weit über den Rahmen einer Parteiveranstaltung hinaus, denn Frauen aus allen nationalen Kreisen waren erschienen, um Frau Oberin Guida Diehl (Eisenach) zu hören, eine der bekanntesten Führerinnen der nationalen Frauenbewegung und der praktischen Frauenarbeit, die Führerin der „Neuland"-Bewegung und die Sachbearbeiterin für Kulturfragen in der Reichsleitung der NSDAP. Sie sprach über das Thema: „Dein Schicksal, deutsche Frau!" Der Tiefstand des sittlichen Lebens in unserer Zeit zeuge davon, daß wir an einem Wendepunkt des völkischen Schicksals stünden. Die deutsche Frau sei in der Zeit des Materialismus und des Mammonismus beraubt worden ihres Frauentums, ihres Vaterlandes und ihres Gottesglaubens. Mit den modernen „Segnungen", zum Beispiel dem Frauenwahlrecht, sei Gift und Verderbnis in die Frauenwelt hineingekommen; mit dem Marxismus habe eine planmäßige Entsittlichung eingesetzt, deren letztes Ziel Zustände seien, wie wir sie heute abschreckend in Rußland vor uns haben: der Mensch als entseelter Stoff, als Maschine. Der Irrwahn sei aus dem Westen gekommen und habe nun das fromme Volk der Russen tyrannisiert. Ein furchtbares Beispiel! Die kommunistische Gefahr sei auch für uns Deutsche nicht zu unterschätzen, auch dann nicht, wenn einmal die nationale Regierung am Ruder sei. Im bolschewistischen Staat sei die Frau freiwild, rechtlos und sittlich entwurzelt, die Kinder seien vater- und mutterlos. In den „Jugendweihen" werde die ganze Schamlosigkeit dieser volks- und familienfeindlichen Tendenzen offenbar; und eine gewisse „Sexualforschung" betreibe planmäßig die Zersetzung der gesunden Instinkte bei Jugend und Volk. So werde die Frauenwürde zu Boden getreten. Der Marxismus wisse, daß er sein Spiel verliere, wenn nicht seine Weltanschauung zum Siege komme, das heißt, wenn er nicht dem Untermenschen im Menschen schmeichle. Mit ihm im Bunde stehe ein skrupelloser Kapitalismus. Die Zersetzung richte sich nicht nur gegen das völkische Lebensprinzip (Ehe, Familie), sondern auch gegen das geistige: den Glauben an Gott. In den Strudel der Genuß- und Geldsucht, der Ehrlosigkeit und Fleischlichkeit solle der Mensch rettungslos hineingezogen werden. — Die Rednerin gab furchtbare Beispiele der sittlichen Verlotterung auf den Gebieten amtlich geförderter Jugend-, Volks- und Eheberatung, auf den Gebieten sogenannter „Literatur" und „Kunst". Die einzige Hilfe könne von dort kommen, wo das empörte deutsche Gewissen erwache, und das habe die Rednerin zur nationalsozialistischen Bewegung hingeführt. Leider sei die akademische Frau mittelpartei licher Kreise schon allzu instinktlos und unsicher geworden auf diesem Gebiet, gleichgültig sehe man da der bolschewistischen Propaganda zu; der Liberalismus habe eine verhängnisvolle Vorarbeit in den „gebildeten" Kreisen geleistet. — Mit einem gewaltigen und innigen Appell an das Muttertum und an den Gottesglauben der deutschen Frau schloß die Rednerin ihre scharfe Charakteristik der uns bedrohenden Gefahren. In die große Volks- und Freiheitsbewegung, die heute erwache, müsse sich die Frau eingliedern durch schöpferische, ihrer Eigenart entsprechende Mitarbeit. Das Dritte Reich wolle ihr zurückgeben, was ihr geraubt wurde: wahres Frauentum und mütterliche Betätigung. — Der auch für nationalsozialistische Kundgebungen ungewöhnliche Beifall bezeugte der Rednerin den starken Eindruck, den ihre Worte hinterließen.

Reichsführertagung der NSDAP.

Noch keine Stellungnahme zur Präsidentschaftsfrage

München, 3. Febr. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. gibt über die Reichsführertagung der NSDAP. eine Mitteilung aus, in der es heißt: „Die Reichsführertagung der NSDAP., die am 3. Februar in München in Anwesenheit Hitlers und sämtlicher Gauleiter des Reiches stattfand, befaßte sich mit den aktuellen politischen und organisatorischen Fragen und nahm insbesondere die Richtlinien und Anweisungen der Reichsleitung für die kommenden Wahlen entgegen.

Die Tagung, die im Zeichen der bevorstehenden innerpolitischen Entscheidungskämpfe stand, gab ein eindrucksvolles Bild der inneren Geschlossenheit und Disziplin der nationalsozialistischen Bewegung, deren organisatorische Struktur bekanntlich keinerlei parlamentarische Abstimmungs- oder Vorstandsbeschlüsse kennt, sondern in allen entscheidenden politischen Fragen den ausschließlich von Verantwortung gegenüber der Nation getragenen Entschlüssen ihres obersten Führers, Adolf Hitler, folgt.

In diesem Sinne wurde im Rahmen der Tagung auch die Frage der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl erörtert.

Dabei fand das einmütige Bewußtsein absoluter Siegeszuversicht seinen ganz besonderen Ausdruck in der Feststellung, daß die nationalsozialistische Bewegung willensmäßig und organisatorisch zum Einsatz für den Wahlkampf so völlig gerüstet steht, daß sie nur die Parole ihres Führers erwartet, um sie zum Siege zu tragen.

Die Berichte über den Stand der Organisation, die in Kürze eine Million eingeschriebener Mitglieder erreicht haben wird, ließen in eindrucksvoller Weise aus Vorjahren der nationalsozialistischen Bewegung den erfreulichen Fortschritt in der politischen Willensbildung der Nation durch den Nationalsozialismus erkennen.

Der Verlauf der Tagung, der die Anwesenheit Adolf Hitlers das Gepräge gab, bestärkte alle Teilnehmer in dem unerschütterlichen Glauben an die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung, die sich jeder Aufgabe, die ihr der Führer stellen wird, gewachsen fühlt."

Die Einzeichnungen in die Sachmannschaftslisten

Berlin, 3. Febr. Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit: „Bis 11 Uhr lag folgendes vorläufiges Teilergebnis über die Eingeichnungen für eine Volkskandidatur Hindenburgs am ersten Eingeichnungstage vor: Eingeichnungen insgesamt 81 000, davon in Berlin 20 000. Nach den bisherigen Feststellungen hat sich inzwischen die Zahl der an der Presseaktion beteiligten Blätter auf 180 erhöht. Von diesen 180 Zeitungen haben bisher 83 Zeitungen das Eingeichnungsergebnis des ersten Tages dem Ausschuß mitgeteilt."

In Dresden haben sich am ersten Tage rund 1500 Personen eingetragen.

Bis 11 Uhr abends haben 72 Blätter das vorläufige Ergebnis des ersten Eingeichnungstages mitgeteilt. Danach beträgt die Gesamtzahl der Eingeichnungen am ersten Tage im Reich 100 300, davon in Berlin 28 600.

Fünf Erdstöße auf Kuba

London, 3. Febr. Bei dem Erdbeben in Santiago wurde nach hier vorliegenden Meldungen etwa ein Drittel der Stadt zerstört. Im ganzen erfolgten fünf Erdstöße. Die Stadt steht unter militärischem Schutz. Die Soldaten helfen bei den Aufräumungsarbeiten. Die Erschütterung des entgegengesetzten Ufers ist bisher gering, physikalisch sehr schwierig. Die Kathedrale ist schwer beschädigt worden. Die Gesandtschaftsgebäude und Havanna sind nicht zerstört.